

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

**Antrag: L 01**

**Votum der Antragskommission: Diskussion**

**Votum des Parteitags:**

**Antragsteller: SPD-Landesvorstand Sachsen**

**Thema:**

**Starke demokratische Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat in Sachsen**

**I. Für eine starke demokratische Bürgergesellschaft in einem handlungsfähigen Staat**

Die sächsische SPD steht für einen handlungsfähigen Staat und eine starke demokratische Bürgergesellschaft in Sachsen. Das haben wir in den letzten Jahren immer wieder in Anträgen, Programmen und Reden deutlich gefordert und in Koalitionsverhandlungen gegen harten Widerstand und in teils schwierigen Kompromissen durchgesetzt. In der Koalition haben wir begonnen, den Staat handlungsfähiger zu machen und die Bürgergesellschaft zu stärken. Diese Arbeit setzen wir fort. Das ist dringend notwendig: Die Handlungsfähigkeit des Staates in Sachsen wurde seit Jahren gefährlich geschwächt und die Bürgerinnen und Bürger wurden in ihrer demokratischen Teilhabe eher ausgebremst statt gefördert.

Was meinen wir genau damit, wenn wir davon sprechen, den Staat handlungsfähiger zu machen? Wir reduzieren den starken Staat nicht auf die Forderung nach „mehr Polizei“. Ein starker, handlungsfähiger Staat muss die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten, er muss in Infrastruktur investieren können und so stark sein, dass er die gesellschaftlichen Herausforderungen erkennen und auch langfristig bewältigen kann. Das bedeutet konkret:

- Ein gutes Bildungssystem, das allen offensteht und Chancengleichheit gewährleistet.
- Ein gutes und gerechtes Gesundheits-, Pflege- und Rentensystem.
- Eine funktionierende und bezahlbare Wasser- und Energieversorgung.
- Innere Sicherheit, so dass sich die Menschen möglichst sicher fühlen können.
- Eine funktionierende Justiz, in der alle auch ihr gutes Recht erhalten.
- Investitionen in Arbeitsplätze, Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft.
- Bezahlbarer Wohnraum.
- Eine leistungsfähige Infrastruktur von der Straße über die Schiene bis zum Breitband.
- Mobilität und Teilhabe aller Menschen in allen Regionen.

Soziale Sicherungssysteme, öffentliche Daseinsvorsorge und innere Sicherheit sind die Basis für ein gutes und sicheres Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger. Ein handlungsfähiger Staat kann und will Zukunftsaufgaben anpacken, Arbeitsplätze sichern und Sachsen so auch für künftige Generationen lebenswert machen. Er trägt zu einer besse-

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

48 ren wirtschaftlichen Entwicklung mit guten Arbeitsbedingungen bei, auch indem er unge-  
49 rechte Lohnentwicklungen wieder ins Lot bringt. Er sorgt dafür, dass es im Land gerecht  
50 und sozial zugeht. Er schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglicht eine echte  
51 Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Erfolgreiche Inklusion ist ein Kennzeichen für  
52 einen handlungsfähigen Staat. Er denkt an die zukünftigen Generationen, indem er eine  
53 Politik der nachhaltigen Entwicklung verfolgt sowie Klimawandel und Ressourcenverknapp-  
54 ung als Herausforderungen angeht. Er versucht die Menschen nicht zu belasten, son-  
55 dern ihnen Steine aus dem Weg zu räumen. Ein starker Staat – Exekutive wie Legislative  
56 – packt Probleme frühzeitig an, entwickelt Lösungen gemeinsam mit seinen Bürgerinnen  
57 und Bürgern und arbeitet tatkräftig an ihrer Umsetzung.

58  
59 Eine starke demokratische Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat gehören für  
60 die SPD untrennbar zusammen. Ein starker Staat ohne eine starke Bürgerschaft droht  
61 technokratisch und antidemokratisch zu werden. Er verwaltet an den Menschen vorbei,  
62 erklärt nichts und stellt Gewohnheiten selten in Frage. Eine starke demokratische Bürger-  
63 gesellschaft bedeutet keine lästige Störung des Verwaltungshandelns. Wir wollen einen  
64 Staat, der konstruktiver Kritik souverän begegnet und sie als Gewinn sieht, um Projekte  
65 besser, effizienter und effektiver zu gestalten. Parteien haben dabei eine Doppelrolle: Sie  
66 handeln sowohl durch Mandate und Positionen in der Regierung oder der Verwaltung. Sie  
67 sind aber auch Mitgliederorganisationen, die Interessen und Forderungen von Bevölke-  
68 rungsgruppen bündeln und vertreten.

69  
70 Eine starke Bürgergesellschaft ist ohne einen handlungsfähigen Staat nicht möglich. Ihr  
71 Fehlen gefährdet den sozialen Zusammenhalt. In der Vergangenheit wurde die Stärkung  
72 bürgerlichen Engagements oft als Alibi benutzt, um staatliche Strukturen abzubauen. Ei-  
73 nen schwachen Staat können sich aber nur Reiche leisten.

## 74 75 **II. Wo steht Sachsen heute?**

76  
77 Der Staat in Sachsen hat in den letzten 25 Jahren in vielen Bereichen gehandelt. Die Hin-  
78 terlassenschaften von 40 Jahren Planwirtschaft – über Jahrzehnte nicht getätigte Investiti-  
79 onen, eine zerstörte Umwelt und eine veraltete und teils verfallene Infrastruktur – wurden  
80 erfolgreich beseitigt. Kitas und Krippen blieben erhalten und wurden reformiert, die ost-  
81 deutschen Renten garantiert und schrittweise angepasst, um nur einige Punkte zu nen-  
82 nen. Wir stimmen nicht in den Chor jener ein, die Deutschland und Sachsen kurz vor dem  
83 Untergang sehen. Wir haben viele große Herausforderungen der Vergangenheit wie hohe  
84 Arbeitslosigkeit oder die Finanzkrise insgesamt gut gelöst. Das bedeutet jedoch nicht,  
85 dass es keine Ungerechtigkeiten und Probleme gibt.

86  
87 Es war eine Bürgerbewegung, die 1989 mit ihren Forderungen nach Einführung demokra-  
88 tischer Institutionen und Rechte den Anstoß zur Friedlichen Revolution gab. In der DDR  
89 wurde jede Minderheit misstrauisch beäugt, eine pluralistische Meinungsbildung war ver-  
90 boten, Bürgerinitiativen wurden ausspioniert. Es durfte keine demokratische Bürgergesell-  
91 schaft geben, weil der Staat alles kontrollieren wollte. Heute ist eine bunte und vielfältige  
92 Initiativenlandschaft und Bürgergesellschaft in Sachsen entstanden. In allen gesellschaftli-  
93 chen Bereichen – ob Sport, Kultur, Ökologie oder Soziales – engagieren sich Bürgerinnen  
94 und Bürger. Zehntausende Sächsinen und Sachsen haben etwa in den letzten Jahren  
95 geflüchtete Menschen unterstützt. Doch trotz dieser positiven Entwicklungen ist die säch-  
96 sische Bürgergesellschaft nicht so entwickelt, wie sie es sein könnte. Manches Misstrauen

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

97 und manche Bevormundung, die wir auch aus DDR-Zeiten kennen, und oftmals allzu  
98 große Staatsgläubigkeit scheinen an einigen Stellen wieder einzuziehen.  
99

100 Folgende Entwicklungen haben einen handlungsfähigen Staat und die sich entwickelnde  
101 demokratische Bürgergesellschaft geschwächt:  
102

103 • **Seit 1990 findet in Sachsen ein enormer Strukturwandel statt.** Viele Regionen  
104 haben zehntausende Einwohnerinnen und Einwohner verloren, nur die beiden größten  
105 Städte gewinnen seit 15 Jahren wieder Menschen hinzu. Die Steuer- und Finanzkraft  
106 der einzelnen sächsischen Kommunen und Regionen ist sehr unterschiedlich. Dies  
107 hat Konsequenzen: Die Menschen in strukturschwachen Gebieten spüren, dass sich  
108 der Staat zurückzieht und zeitweise nicht mehr handlungsfähig ist, wenn etwa Polizei  
109 oder Krankenwagen lange Anfahrtswege haben. Wenn Zug- und Busverbindungen  
110 genauso verschwinden wie Arztpraxen, Schulen, Jugendclubs oder Sparkassen. Eine  
111 engagierte Bürger/innengesellschaft hat es dort schwer, weil der Nachwuchs sich  
112 aufgrund der größeren Verwirklichungsmöglichkeiten und der sich bietenden  
113 Arbeitsplätze für die strukturstärkeren Regionen entscheidet. Die von Zuwachs und  
114 wirtschaftlichem Aufschwung profitierenden Großstädte stehen auf einmal vor neuen  
115 Problemen: steigende Mieten, eine zunehmende soziale Spaltung, überfüllte Schulen  
116 und durch den Bauboom verschwindende öffentliche Räume. Wo noch vor Jahren der  
117 Abriss von Plattenbauten gefördert wurde, besteht jetzt dringender Bedarf für  
118 bezahlbaren Wohnraum. Wo Schulen und Kitas geschlossen wurden, müssen jetzt  
119 neue errichtet werden. Nicht zuletzt sind alle Regionen und Städte Sachsens seit 1990  
120 vom wirtschaftlichen Umbau Ostdeutschlands betroffen, der durch die aktuelle, die  
121 vierte industrielle Revolution („Digitalisierung“) noch beschleunigt wird.  
122

123 • **Die staatliche Handlungsfähigkeit in Sachsen wurde aktiv ausgehöhlt, eine**  
124 **demokratische Bürgergesellschaft ausgebremst statt gefördert.** 1990 hat die  
125 CDU Sachsen zu einem neoliberalen Versuchsfeld gemacht und behauptet der Markt  
126 mache alles besser als der Staat. Es ging nie allein um „weniger Steuern“ oder einen  
127 „ausgeglichenen und generationengerechten Haushalt“, wie CDU und FDP  
128 behaupteten. Es ging darum, den Staat und die Politik aus Wirtschaft und Gesellschaft  
129 zu verdrängen. Politik hatte allein das umzusetzen, was der Wirtschaft nutzte. Starke  
130 Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräte wollte man nicht, weil sie als Hindernis  
131 galten. Der Staat sollte lediglich für Sicherheit sorgen und Privateigentum schützen.  
132 An einer demokratischen Bürgergesellschaft, die sich einmischte, bestand in Sachsen  
133 kein Interesse. Auf politische Bildung wurde keinen Wert gelegt. Aus dem Westen  
134 übernommene Strukturen und Institutionen wurden bewusst entpolitisiert und  
135 entdemokratisiert – und mit ihnen große Teile der gesamten Gesellschaft. In keinem  
136 Bundesland setzt politische Bildung an Schulen so spät und mit so wenigen Stunden  
137 ein wie in Sachsen.  
138

139 Auch die SPD ist in der Vergangenheit zu oft dem **neoliberalen Zeitgeist hinterher-**  
140 **gelaufen** oder hat sich ihm ergeben. Und wir haben in dieser Zeit auch **Fehler** ge-  
141 **macht. Wir arbeiten hart daran, diese Fehler zu korrigieren.**  
142

143 • **Das Vertrauen der Sächsischen und Sachsen in den neuen Staat wurde mehrfach**  
144 **erschüttert.** Auf staatliche Einmischung und Marktregulierung wurde schon bei der  
145 Deutschen Einheit durch CDU und FDP weitgehend verzichtet. Die Privatisierungen

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

- 146 der Treuhand haben in der Regel nicht die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler  
147 Unternehmen hergestellt, Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Sie hat  
148 stattdessen streng ihrem Privatisierungsauftrag den Markt bereinigt – oft zum Vorteil  
149 der westdeutschen Konkurrenz. Häufig wurde nicht entwickelt, sondern abgewickelt.  
150 Hinzu kommen manche kriminellen Machenschaften, von denen die meisten ohne  
151 strafrechtliche Konsequenz blieben. Auch deshalb wurde die Treuhand zum Symbol  
152 eines ungezügelter Kapitalismus. Ostdeutschland hatte das erste neoliberale  
153 Desaster weit vor dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers.
- 154
  - 155 • Mit der friedlichen Revolution endete die Diktatur in Ostdeutschland. Dies bedeutete  
156 für viele nicht nur das Ende staatlicher Gewaltherrschaft, von Bespitzelung und  
157 Willkür. Es bedeutete auch eine **echte Freiheit** von staatlicher Gängelung. Manche  
158 konnten endlich studieren, andere die Welt bereisen oder sich beruflich verwirklichen.  
159 Viele waren froh, den Mangel der staatlichen Planwirtschaft hinter sich zu lassen.  
160 Doch gleichzeitig wurde der Staat in der DDR auch für alles verantwortlich gemacht.  
161 **Nun regelte der Staat plötzlich nicht mehr alles. Man war für sein eigenes**  
162 **Handeln verantwortlich – und musste auch die Konsequenzen daraus tragen.**  
163 **Das musste erst erlernt werden.** Hier scheiterten anfangs viele. Oft entschied der  
164 Zufall, manche hatten einfach Pech.  
165
  - 166 • Es wurde teilweise verdrängt oder vergessen, dass es in den **Jahren** nach 1990 zu  
167 einem **Zerfall staatlicher Kontrolle** kam. Die Beschreibung „wilder Osten“ war nicht  
168 zufällig gewählt: Staatliche Kontrolle gab es in der Zeit dieses Umbruchs an vielen  
169 Stellen nicht mehr. Für manche ist diese kurze Zeit der ‚Anarchie‘ bis heute ein Leitbild  
170 einer demokratischen Bürgergesellschaft und des gesellschaftlichen Aufbruchs. Doch  
171 auf der anderen Seite wurden 1990 viele Ostdeutsche alleine gelassen, beispiels-  
172 weise als sie **mit überbezahlten, schrottreifen Gebrauchtwagen und unnützen Ver-**  
173 **sicherungen betrogen wurden.** Viele Leute fragten sich damals: Und das soll Demo-  
174 kratie sein?  
175
  - 176 • Eine weitere Kehrseite dieser Zeit: Aufgrund der unzureichenden gesellschaftlichen  
177 Aufarbeitung der Nazi-Diktatur und der teilweisen Übernahme der dort betriebenen  
178 Propaganda hatte sich in der DDR ein erhebliches Problem faschistischer Einstellun-  
179 gen und der daraus resultierenden Gewalt erhalten. Was vor der Wende größtenteils  
180 vertuscht und als ‚Rowdytum abgetan wurde, trat nun zügellos und von staatlicher  
181 Seite kaum gebremst offen zutage.  
182
  - 183 • **Nicht zuletzt wurde das zarte Pflänzchen demokratischer Beteiligung nach 1990**  
184 **bewusst und unbewusst am Wachsen gehindert.** Viele hatten die „Runden Tische“  
185 am Ende der DDR als eine basisdemokratische Sternstunde erlebt. Überall wurde  
186 über Politik und Demokratie geredet. Doch diese neu entstandene Bürgergesellschaft  
187 wurde nach 1990 ignoriert. In der gemeinsamen Verfassungskommission von  
188 Bundestag und Bundesrat wurde 1992 von CDU und FDP die Einführung einer  
189 Volksgesetzgebung verhindert. In der Folgezeit führten Umbrüche, Enttäuschungen  
190 sowie persönliche Anstrengungen, im neuen System eine Existenz aufzubauen, bei  
191 vielen in Sachsen (politisch) Aktiven zu einem Rückzug ins Private.  
192
  - 193 • **Die Politik der Sachsen-CDU wird seit Jahren von dem mantrahaften Ehrgeiz**  
194 **getrieben, sich als Land mit der geringsten Verschuldung zu profilieren.** Dies hat

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

195 nichts mehr mit solider Finanzpolitik zu tun. „Sparen“ ist kein Selbstzweck. Solide  
196 Finanzpolitik verlangt neben zurückhaltenden Staatsausgaben eben auch notwendige  
197 Investitionen – gerade dann, wenn sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen und  
198 Herausforderungen ändern. Nicht nur bei Justiz, Polizei, Schulen und Hochschulen  
199 hatten die Kürzungen nichts mehr mit der augenscheinlichen Alltagsrealität zu tun.  
200 Politische Gestaltung und Richtlinienkompetenz wurden und werden bisweilen an das  
201 Finanzministerium und seinen Apparat abgegeben. Während parallel an vielen Stellen  
202 Kürzungen durchgesetzt wurden, prägten schwer zu durchschauende Finanzpolster  
203 und regelmäßige Haushaltsüberschüsse bereits die finanzpolitische Realität in  
204 Sachsen. So entstand vielfach zu Recht der Eindruck, nicht die Realität und erst recht  
205 nicht zukünftige Herausforderungen, sondern die Kürzungsziele des Finanzministers  
206 bestimmten die Politik des Freistaats.  
207

208 **Die Folgen sind heute unübersehbar:** an vielen Stellen bröckelt die Handlungsfähigkeit  
209 des Staates. **Sachsen fährt auf Verschleiß:** Bei den Einstellungen von Lehrerinnen und  
210 Lehrern wurde jahrelang derart gekürzt, dass der reguläre Schulbetrieb mittlerweile in Ge-  
211 fahr ist. Von guter Bildung für alle kann nicht mehr die Rede sein. Junge Lehrerinnen und  
212 Lehrer hatten kaum Chancen, eingestellt zu werden, so dass eine gute Mischung von  
213 Jung und Alt nicht mehr gegeben ist. In den vergangenen fünf Jahren ist der Kranken-  
214 stand unter den Lehrern um 20 Prozent gestiegen. Das gleiche bei der Polizei: Krankmel-  
215 dungen und Erschöpfung bei Polizistinnen und Polizisten nahmen erschreckend zu. Der  
216 Verschleiß macht sich auch in Teilen unserer Infrastruktur bemerkbar.  
217

218 **Das vermeintliche Sparen wird uns teuer zu stehen kommen:** Als SPD machen wir Po-  
219 litik für eine gerechtere Gesellschaft. Anderen sind Kürzungen im Haushalt wichtiger als  
220 individuelle Schicksale und gesellschaftliche Schief lagen. Ihnen sei gesagt: Was wir heute  
221 gerade in Bildung investieren, sparen wir in der Zukunft beim Arbeitslosengeld II ein. Eine  
222 Mehrinvestition in Schulsozialarbeit kostet mittelfristig weniger als ein Platz im Jugendknast.  
223

224 **Die staatliche Handlungsfähigkeit steht teilweise in Frage:** Das vom  
225 Ministerpräsidenten vor Jahren ausgegebene Ziel, die Staatsbediensteten pauschal auf  
226 70.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzubauen, war ein großer Fehler. Es wurde nicht  
227 ermittelt, welches Personal der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, es wurden  
228 einfach überall Stellen gekürzt. Heute haben dies Eltern, Angestellte, Ehrenamtliche,  
229 Entscheidungsträger und -trägerinnen auf allen Ebenen, Lehrkräfte, Polizei, die Opfer von  
230 Straftaten oder die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auszubaden. Dass der  
231 Unterricht durch ausreichend Lehrerinnen und Lehrer gesichert wird, steht durch die  
232 Kürzungspolitik der letzten Jahre in Frage. Beim Umgang mit der Flüchtlingssituation  
233 sowie mit der Hetze und der Gewalt von ausländerfeindlichen und rechtsextremen  
234 Bewegungen schien der Staat teilweise völlig überfordert. Die Kürzungen bei der Justiz  
235 bedrohen die Funktionsfähigkeit unseres Rechtssystems. Der Staat scheint bisweilen  
236 auch nicht mehr in der Lage zu sein, auf seinem Territorium vor Übergriffen auf Leib und  
237 Leben oder Eigentum zu schützen. Die Neoliberalen haben selbst dem Nachtwächter  
238 gekündigt – und wundern sich jetzt, dass das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt  
239 wird. Es darf aber nicht sein, dass Sicherheit an manchen Orten privatisiert wird. Die  
240 Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen im Notfall schnell geholfen  
241 wird und sie vor Straftaten geschützt werden. Gewalttätige und Hetzer jeder Art sowie  
242 Rechtspopulisten versuchen, dieses Vakuum für einen Angriff auf Demokratie und  
243 Andersdenkende zu nutzen.

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

244

245 **Der Sozialstaat wurde immer stärker zum neoliberalen Wettbewerbsstaat:** In  
246 Sachsen, wie in anderen Teilen Deutschlands auch, wuchs die Wirtschaft allzu oft auf dem  
247 Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In Sachsen gibt es wegen der  
248 Niedriglohnpolitik der CDU und der Arbeitgeberverbände besonders viele, die durch die  
249 geringen Löhne nach Jahren genauso in der Grundsicherung landen werden wie  
250 Arbeitslose, die nie in die staatliche Rentenversicherung einzahlen konnten.  
251 Gewerkschaften wurden vielfach nicht als Partnerinnen, sondern als verzichtbar und wenn  
252 überhaupt als notwendiges Übel angesehen. In Sachsen gibt es auch keine echte  
253 Chancengleichheit: Im sächsischen Schulsystem werden viel zu viele Kinder  
254 zurückgelassen. Fast jeder zehnte sächsische Jugendliche verlässt die Schule ohne  
255 Schulabschluss. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der kein Kind zurücklässt.  
256 In Förderrichtlinien und staatlichen Programmen spielte die Frage nach fairen Löhnen  
257 oder Leiharbeit keine Rolle. Während man sich für die Haushaltspolitik feierte, verschwieg  
258 man, dass beispielsweise in der Sozialarbeit oder an Universitäten prekäre Arbeit  
259 entstand. Es war in der Folge oft der Staat, der etwa im Sicherheitsgewerbe Standards bei  
260 der Auftragsvergabe drückte. Auch staatliche Politik hatte so seinen Anteil an der  
261 sächsischen Niedriglohnstrategie. Man hörte im Fernsehen, dass Tariflöhne steigen – die  
262 die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen allerdings gar nicht  
263 bekommen. Oder man las, dass Steuereinnahmen sprudeln – und zugleich das  
264 Schwimmbad um die Ecke geschlossen wurde.

265

266 **Das Vertrauen in Staat und Demokratie sinkt:** Von dieser Entwicklung ist nicht nur  
267 Sachsen betroffen. Wir beobachten überall eine soziale Spaltung der Wahlbeteiligung.  
268 Überspitzt gesagt: Wer Geld hat, geht wählen, wer wenig Geld hat, hat die Hoffnung in  
269 „die Politik“ aufgegeben. Überall ist die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien ge-  
270 stiegen, nicht nur im Freistaat. Gleichwohl ist Sachsen eben trauriger Spitzenreiter bei  
271 rechtsextremen Vorkommnissen. Die Politik der letzten 25 Jahre hat jene Bewegungen  
272 am extrem rechten Rand besonders gedeihen lassen, die den pluralistischen Staat und  
273 eine demokratische Bürgergesellschaft in Frage stellen. Viele fordern heute eine „starke  
274 Hand, die endlich aufräumt“ und unterstützen das autoritäre Staatsmodell Russlands oder  
275 Ungarns. Im ländlichen Raum ist in manchen Gegenden eine rechtsextreme Subkultur  
276 entstanden, die demokratische Institutionen des Staates und der Bürgergesellschaft offen  
277 angreifen. Nicht minder beobachten wir mit großer Besorgnis die gezielten Angriffe auf un-  
278 sere Polizei.

279

280 **Die demokratische Bürgergesellschaft ist zu schwach:** Um den Rückzug des Staates  
281 und das bestehende Misstrauen auszugleichen, setzten die Konservativen allein auf  
282 Bekenntnisse, Symbole und rückwärtsgewandten Patriotismus, nicht auf eine  
283 demokratische Bürgergesellschaft. Eine demokratische (Diskussions-)Kultur ist in  
284 Sachsen wenig ausgeprägt, weil Politik und Staat oft von oben herab agieren und  
285 Bürgerinnen und Bürger sowie kritische zivilgesellschaftliche Akteure nicht als  
286 gleichwertige Partner akzeptieren – und weil es allerorten an politischer Bildung mangelt.  
287 Auch die Herkunft mancher Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung aus  
288 ehemaligen Blockparteien und konservativen westdeutschen Verwaltungen führte dazu,  
289 dass der Staat meist allein von oben gedacht wird. Mit Widerspruch und Bürgerbeteiligung  
290 kommt man oft nicht klar. Bürgerbeteiligung scheint häufig nur ein Alibi oder gar eine  
291 Showveranstaltung zu sein und wird nicht ernst genommen. Viele schweigen deshalb in  
292 der Öffentlichkeit, weil sie Nachteile für ihre berufliche Laufbahn erwarten.

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

293 Bürgerengagement gegen rechts wird als Linksextremismus oder Nestbeschmutzung  
294 wahrgenommen. Zugleich begegnet man immer wieder einer Verwaltung, welche die  
295 gebotene politische Neutralität nicht von einer demokratischen Grundhaltung  
296 unterscheiden kann. Selbstgefällige lokale Eliten ducken sich weg. Eine kritische  
297 Bürgergesellschaft konnte sich kaum entwickeln. Gesellschaftliche Debatten über  
298 Demokratie, die Nachwendezeit, über soziale Ungerechtigkeit oder über Werte des  
299 Zusammenlebens fanden zu selten statt. Die Folgen sehen wir heute: Vertretern der  
300 extremen Rechten gelingt es in Sachsen überproportional oft, Bürgerinnen und Bürger  
301 aufzuhetzen. Es ist kein Zufall, dass Pegida in Sachsen entstanden ist.

302

303 **III. Sachsen profitiert von einer starken SPD in der Regierung**

304

305 Fehler und Verantwortlichkeiten müssen zwar benannt werden – das sind die Spielregeln  
306 der Demokratie. Gleichzeitig reicht es aber nicht, zu lamentieren und nur über die Fehler  
307 der Vergangenheit zu reden. Ein Ausdruck von Stärke ist es, Kritik anzunehmen und  
308 selbstkritisch zu sein, Fehlentwicklungen zu erkennen und sich damit dauernd zu verbes-  
309 sern. Wir wollen deshalb in die Zukunft schauen – auch mit Blick auf die Erfahrungen der  
310 Vergangenheit, den guten und den schlechten.

311

312 **Wir machen den Staat wieder handlungsfähig**

313

314 Wir können die Fehler der Vergangenheit nicht von heute auf morgen lösen. Aber wir ha-  
315 ben einiges erreicht: Das unsinnige Ziel der schwarz-gelben Vorgängerregierung, die Stel-  
316 len im öffentlichen Dienst um rund 15.000 auf 70.000 Stellen zu reduzieren, ist vom Tisch.  
317 Die Streichung von aktuell noch 2.400 Stellen wurde bis 2020 verschoben. 1.200 Stellen  
318 bei Polizei und Justiz bleiben erhalten.

319 Weil in den kommenden Jahren viele Staatsbedienstete in den Ruhestand gehen und der  
320 absehbare Personalverlust die Handlungsfähigkeit in den Behörden in Frage gestellt  
321 hätte, wollen wir einen „**Personalpool**“ nicht fest an einzelne Behörden gebundene  
322 Stellen schaffen, um mindestens zwei Jahre vor Ausscheiden von Beschäftigten die  
323 Übergabe von vorhandenem Wissen zu garantieren.

324

325

326 Um handlungsfähig zu sein, braucht der Staat entsprechende Strukturen. Die Kürzungs-  
327 politik – bis heute von CDU und FDP vertreten – ging zu Lasten eines leistungsfähigen  
328 und bürgerfreundlichen öffentlichen Dienstes. Die Kritik an mangelnden Leistungen des  
329 öffentlichen Dienstes trifft die Beschäftigten, überträgt sich auf den Staat und mündet in  
330 Politikverdrossenheit. Zudem finden diejenigen Unterstützung, die öffentliche Daseinsvor-  
331 sorge privatisieren wollen.

332

333 Der Fachkräftemangel wird auch den Staat in einen bislang ungewohnten Wettbewerb um  
334 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwingen. Gute Bezahlung, Motivation, lebensnahe Ar-  
335 beitsbedingungen und faire Aufstiegschancen sind unabdingbar, um in diesem Wettbe-  
336 werb zu bestehen.

337

338 Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und das Verhindern ihrer demokratischen  
339 Kontrolle widersprechen unserem Ansatz des handlungsfähigen Staates. Es ist gut, dass  
340 dieser Prozess weitestgehend beendet ist. Oftmals waren externe Lösungen sogar teurer.

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

341 Wo es sinnvoll ist, wollen wir alternativ zu staatlichen Strukturen gezielt genossenschaftli-  
342 che Organisationsformen fördern.

343  
344 Wir wissen natürlich auch, dass der Staat nicht alles lösen kann. So haben etwa die Deind-  
345 dustrialisierung Sachsens nach der Wiedervereinigung und seine Reindustrialisierung als  
346 Werkbank großer westdeutscher und transnationaler Unternehmen dazu geführt, dass  
347 dem handlungsfähigen Staat Grenzen gesetzt sind. Unternehmen können heute wählen,  
348 wo sie investieren und welche Standorte sie schließen. Das gibt ihnen eine enorme Ver-  
349 handlungsmacht. Trotzdem hat Politik Gestaltungsmacht. Das Klischee, nicht die Politik,  
350 sondern die Wirtschaft habe die Macht, stimmt nicht: Auf Bundesebene sind Entscheidun-  
351 gen wie die Einführung des Mindestlohns oder das Ende der Atomenergie Beispiele, wie  
352 Staat und Politik eingreifen und die Rahmenbedingungen neu justieren können. Die Ar-  
353 beitskämpfe in großen transnationalen Unternehmen wie DHL oder Amazon zeigen, wie  
354 wichtig starke Gewerkschaften sind, um Unternehmen ihre Grenzen und ihre soziale Ver-  
355 antwortung aufzuzeigen. Umgekehrt ist ein handlungsfähiger Staat auch ein Standortfak-  
356 tor, der denjenigen Unternehmen hilft, denen Rechtssicherheit, Infrastruktur und gut aus-  
357 gebildete Beschäftigte wichtig sind.

358  
359 **Wir stärken die demokratische Bürgergesellschaft**

360  
361 Ohne demokratisches ehrenamtliches Engagement wäre Sachsen ärmer. Wir haben des-  
362 halb die Ehrenamtsförderung gestärkt und das Förderprogramm ‚Wir für Sachsen‘ auf 10  
363 Millionen Euro jährlich erhöht. In diesem Zuge werden jetzt 80 Euro mehr Aufwandskos-  
364 tenpauschale für Ehrenamtliche gezahlt. Gleichzeitig darf eine starke Bürgergesellschaft  
365 nicht als Feigenblatt verwendet werden, um Mittel zu beschränken. Ohne Hauptamt geht  
366 dem Ehrenamt oftmals die Luft aus. Wir wollen die Demokratie in Sachsen stärken. Als  
367 Antwort auf die Zweifel an ihr brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Demokratie. Viele  
368 Menschen in Sachsen möchten nicht nur mitreden, sondern die Möglichkeit haben, auf  
369 verschiedenen Ebenen wirklich mitzubestimmen, insbesondere über ihre nahe Umge-  
370 bung, ihre Gemeinde, ihr Stadtviertel und an ihrem Arbeitsplatz. Daher fordern wir die  
371 Ausweitung der Mitbestimmung des Betriebsrates zu Fragen der Aus- und Weiterbildung,  
372 der Gleichstellung von Männern und Frauen und dem Einsatz von Leiharbeiterinnen und  
373 Leiharbeitern. Weitere Maßnahmen haben wir bereits beim Landesparteitag 2013 mit un-  
374 serem Antrag „Demokratieoffensive Sachsen“ beschlossen. Einige davon können wir auch  
375 in der Koalition umsetzen. Hier sind allerdings mit unserem Koalitionspartner noch viele  
376 dicke Bretter zu bohren.

377  
378 Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken. In einem ersten Schritt auf kommunaler  
379 Ebene, in einem zweiten auf Landesebene. Wir halten wie viele andere zudem daran fest,  
380 die direkte Demokratie in Sachsen zu stärken – denn wir sehen mehr direkte Demokratie  
381 als eine Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie. Dringend müssen wir die Quo-  
382 rums-Bestimmungen verändern: Bislang werden sie in absoluten Zahlen angegeben. Bei  
383 einem Rückgang der Bevölkerungszahl bedeutet das aber, dass es immer schwieriger  
384 wird, einen Volksantrag auf die Beine zu stellen. Zudem wollen wir das Quorum insgesamt  
385 senken: Auf Landesebene für Volksbegehren von derzeit über 13 Prozent (bzw. 450.000  
386 Stimmberechtigte) auf 5 Prozent der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger; für  
387 Volksanträge von derzeit 1,2 Prozent (bzw. 40.000 Stimmberechtigte) auf 1 Prozent.  
388



**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

389 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten spielen nicht die direkte gegen die parla-  
390 mentarische Demokratie aus. Hinter manchem Befürworter von direkter Demokratie steckt  
391 ein Anti-Demokrat, der Parlamente und Parteien abschaffen und eine autoritäre Herr-  
392 schaft errichten will, die sich auf einen vermeintlichen „Volkswillen“ bezieht. Wir wollen  
393 hingegen eine echte Verschränkung der direkten Demokratie mit den bestehenden parla-  
394 mentarischen Verfahren. Ein Volksantrag soll im Landtag ebenso verbessert werden kön-  
395 nen wie jeder Antrag der Regierung oder einer Fraktion. Sämtliche Offenlegungspflichten,  
396 die für Parteien gelten, sollen auch für die Initiatoren von Volksentscheiden gelten. Es  
397 muss gutes Informationsmaterial zu den Volksanträgen bereitgestellt werden, damit sich  
398 Bürgerinnen und Bürger informieren können. So werden die erfolgreichen parlamentari-  
399 schen Diskussions-, Verhandlungs- und Kompromisspotentiale auch bei direktdemokrati-  
400 schen Gesetzgebungsverfahren nutzbar – und wir können besser gewährleisten, dass  
401 nicht das Einzelinteresse oder die größte Empörung, sondern vor allem das Interesse des  
402 Gemeinwohls Gehör findet.

403  
404 **Wir brauchen aber nicht nur mehr Partizipation.** Viele Leute haben nicht die Kraft oder  
405 das Expertenwissen, sich für ihre eigenen Interessen öffentlich einzusetzen. Ihnen fehlen  
406 die Kontakte oder sie trauen sich einfach nicht. Manchen fehlt zudem schlicht das Geld,  
407 damit Anwaltskanzleien oder Rechtsschutzversicherungen für ihre Interessen streiten  
408 können. Für diese Menschen brauchen wir Expertinnen und Experten, die sich im Stadt-  
409 und Ortsteil um konkrete Probleme von Menschen in den sächsischen Gemeinden und  
410 Städten kümmern. Wir wollen eine finanzielle Unterstützung der Kommunen für solche  
411 „Kümmerer“, die zusammen mit Quartiersmanagement, Streetwork und Bürgerpolizei  
412 zusammenarbeiten sollen. Auch diese Strukturen müssen ausgebaut werden, um eine  
413 Gemeinschaft im Stadtteil oder in der Gemeinde zu stärken. Weil solche „Kümmerer“ Ver-  
414 trauen brauchen, müssen solche Programme langfristig angelegt sein.

415  
416 Einiges wurde bereits auf den Weg gebracht. Wir finden es gut, dass Wohnungsgenos-  
417 senschaften damit beginnen, „Kümmerer-Strukturen“ aufzubauen, weil ihre Mieterinnen  
418 und Mieter immer älter werden oder weil sie die Bedarfe in ihrem Wohnumfeld erkannt ha-  
419 ben. Menschen mit Behinderung und ältere Menschen wollen und sollen so lange wie  
420 möglich selbstbestimmt in ihren eigenen vier Wänden wohnen können. „Kümmerer“-Struk-  
421 turen könnten dies zum Beispiel zusammen mit Pflegediensten ermöglichen.

422  
423 Wir wollen wir die demokratische Kultur in Sachsen insgesamt stärken. Nur in solcher  
424 Umgebung kann eine demokratische Bürgergesellschaft gedeihen. Hier spielen die öffent-  
425 lichen Verwaltungen und der öffentliche Dienst eine wichtige Rolle. Wir werden Vor-  
426 schläge für die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes vorlegen, die aber erst in  
427 der nächsten Wahlperiode vonstattengehen wird. Doch es geht auch um einen anderen  
428 Umgang, sowohl innerhalb der Behörden wie auch zwischen Verwaltung und Bürger-  
429 schaft. Staatliche Akteure müssen Bürgerinnen und Bürgern mehr erklären. Bürgerbeteili-  
430 gung muss ernst genommen und als Gewinn gesehen werden. Inklusion muss vorange-  
431 trieben werden. Wir wollen, dass sich Verwaltungsstrukturen mit diesem Thema beschäfti-  
432 gen und Möglichkeiten der Verbesserung vorlegen.

433  
434 Verwaltung und Politik müssen zivilgesellschaftlich Engagierten auf Augenhöhe begeg-  
435 nen. Gleichzeitig ist das Bemühen um eine bessere demokratische Kultur keine Einbahn-  
436 straße: Manche Bürgerinnen und Bürger müssen ihre empörte und wütend aggressive  
437 Haltung gegenüber „denen da oben“ ablegen. Einige zivilgesellschaftliche Akteure sollten

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

438 ihren tiefsitzenden Argwohn gegenüber Staat, Politik und Parteien überdenken. Wir wend-  
439 den uns gegen das überzogene Misstrauen gegenüber jedem Handeln von Verwaltung  
440 und Staat. Wir wenden uns gegen alle Reichsbürgerinnen und Reichsbürger, gegen Ver-  
441 schwörungstheorien, gegen jede Art von Populismus sowie gegen jene, die mit Gewalt  
442 gegen staatliche Institutionen und deren Repräsentantinnen und Repräsentanten vorge-  
443 hen.

444  
445 Weil wir zunehmend Angriffe auf unser demokratisches Zusammenleben wahrnehmen,  
446 muss sich unser Rechtsstaat diesen Fragen besonders widmen. Wir haben eine wehr-  
447 hafte Demokratie, die vor allem rechtsextreme Vorfälle nicht unter den Teppich kehrt, son-  
448 dern strafrechtlich verfolgen soll. Der Staat kann die Demokratie aber nicht allein schüt-  
449 zen. Er braucht dafür seine Bürgerinnen und Bürger, die er fördern muss, statt sie zu gän-  
450 geln. In einem ersten Schritt haben wir die Extremismusklausel abgeschafft, die mit einem  
451 Pauschalverdacht Misstrauen gegenüber Demokratie-Initiativen zum Ausdruck brachte.  
452 Wir haben in einem zweiten Schritt die Mittel des Programms „Weltoffenes Sachsen“ auf  
453 fünf Millionen Euro erhöht und wollen sie im nächsten Doppelhaushalt weiter anheben. In  
454 einem dritten Schritt wollen wir bürokratische Hürden abbauen, um Initiativen und Projek-  
455 ten den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern. Unser Ziel ist eine ganzheitliche Strategie  
456 gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit und für Demokratie, welche in der Zustän-  
457 digkeit eines Ministeriums liegt und deren Förderung somit aus einer Hand erfolgt.

458  
459 **Wir wollen unser Schulsystem langfristig sichern**

460  
461 Ein starker und bürgerschaftlicher Staat braucht starke und demokratische Schulen. Er  
462 nimmt seine Verantwortung für die Bildung der heranwachsenden Generationen in einer  
463 Form wahr, die dem demokratischen Charakter unserer Gesellschaft entspricht: Er setzt  
464 klare Standards und verbindliche Bildungsziele, sichert die materiellen und personellen  
465 Ressourcen - überträgt aber die Verantwortung für die konkrete Gestaltung der Bildungs-  
466 prozesse an jede einzelne Schule. Er lässt sie mit dieser Verantwortung nicht neoliberal  
467 allein, sondern stellt ihnen ein starkes Unterstützungssystem an die Seite. Wir wollen an  
468 den Schulen den demokratischen Raum für bürgerschaftliches Engagement schaffen und  
469 müssen dafür unsere Schulen aus hierarchischen Verwaltungsstrukturen entlassen. Nur  
470 so können wir nicht nur das Eingehen auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes und Ju-  
471 gendlichen sichern. Nur so können wir auch ganz wesentlich das angekratzte Fundament  
472 der demokratischen Bürgergesellschaft erhalten und stärken: Denn Teilhabe lässt sich  
473 auch an Schulen nur durch Teilhabe erlernen. Demokratie kann nur wertschätzen, wer de-  
474 ren Wert im Alltag erfahren hat. Dieses neue Herangehen entspricht den Wünschen vieler  
475 bildungspolitisch engagierter Sachsen und bleibt für die SPD wichtiges bildungspolitisches  
476 Ziel. Es darf nicht über den aktuellen Nöten mit der Ausstattung der Schulen vergessen  
477 werden – auch wenn wir diese Nöte natürlich auch sehen.

478  
479 Es zeugt sicher von Engagement, wenn Eltern die Wände in den Klassenzimmern in Ei-  
480 genleistung streichen. Für uns ist dies jedoch Aufgabe des Staates. Auch deshalb muss  
481 das Kooperationsverbot aufgehoben werden. Die aktuelle Vereinbarung zum Bund-Län-  
482 der-Finanzausgleich eröffnet hier neue Möglichkeiten. Nur so wird der Bund langfristig mit-  
483 investieren können, um zum Beispiel Bildungsinfrastruktur zu schaffen oder sie zu sanie-  
484 ren. Es ist ein Zeichen eines handlungsfähigen Staates, wenn Schulen und Kindereinrich-  
485 tungen in einem modernen Zustand sind. Das Engagement der Eltern ist in mehr Mitbe-  
486 stimmung oder der Arbeit mit Kindern viel besser aufgehoben.

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

487

488 Auf Druck der SPD und mancher Fachpolitiker unseres Koalitionspartners sind wir der Si-  
489 cherung des Schulsystems in Sachsen gegen heftigen Widerstand aus den Reihen der  
490 CDU nähergekommen. Lehrkräfte werden nun endlich unbefristet eingestellt. Die Ausbil-  
491 dungskapazitäten an den Universitäten haben wir mehr als verdoppelt. Die Zahl der Stel-  
492 len im Vorbereitungsdienst haben wir deutlich erhöht. Wir haben den Stellenabbau aufge-  
493 hoben und dafür gesorgt, dass nicht nur jede freiwerdende Stelle wiederbesetzt werden  
494 kann, sondern darüber hinaus mehr als 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das  
495 reicht jedoch nicht aus. Mögliche weitere Schritte sind:

496

- 497 • Wir gestalten das Arbeiten für Lehrkräfte nach dem 63. Lebensjahr so, dass es  
498 attraktiver ist als eine vorzeitige Rente mit Abschlägen. Dafür gibt es verschiedene  
499 Möglichkeiten: Anrechnungsstunden, Altersteilzeit oder Ein-Fach-Einsätze.
- 500 • Um junge Lehrkräfte zu gewinnen, braucht es eine klare und verbindliche  
501 Perspektive zur gleichen Bezahlung in allen Schularten – dies macht auch das  
502 Grund- und Oberschullehramt attraktiver.
- 503 • Der Freistaat muss in einem hart umkämpften Markt als attraktiver Arbeitgeber auf-  
504 treten. Dazu sollen die Bildungsagenturen um jede Bewerberin und jeden Bewerber  
505 kämpfen und alle Register ziehen, um junge Menschen zu gewinnen. Am Ende rei-  
506 chen finanzielle Anreize allein nicht. Junge Menschen müssen auch sehen, dass  
507 sie in Sachsens Schulen eigene Ideen umsetzen und ihre Bildungsvorstellungen  
508 verwirklichen können. Dafür brauchen sächsische Schulen Freiheit und Eigenver-  
509 antwortung – und eine Kultur, in der Innovation, Engagement und Kreativität wert-  
510 geschätzt und gefördert werden.
- 511 • Wir müssen Maßnahmen ergreifen, die erst längerfristig Wirkung zeigen werden –  
512 aber dafür nicht nur das Personalproblem lösen helfen, sondern noch viel mehr  
513 schaffen: Nämlich die Qualität unseres Bildungssystems verbessern. Hier gehören  
514 die Modernisierung unserer Lehrpläne und die Umgestaltung der  
515 Lehramtsprüfungsordnungen samt Lehramtsstudium unbedingt dazu.

516

517 Den Beteiligungsprozess beim Schulgesetz haben wir sehr begrüßt. Das CDU-geführte  
518 Kultusministerium hat die Ergebnisse des Prozesses aber kaum berücksichtigt. Die SPD-  
519 Fraktion im Sächsischen Landtag bringt deshalb die Interessen der Bürgerinnen und Bür-  
520 ger in die parlamentarischen Verhandlungen ein.

521

522 Für die SPD gehören zu einem starken Staat auch starke Schulen. Wir wollen ihnen mehr  
523 Freiheit geben. Wir wollen die demokratische Mitbestimmung an den Schulen stärken. Wir  
524 haben die Konsequenzen aus dem Gerichtsurteil zu den Freien Schulen gezogen. Diese  
525 sind jetzt mit den staatlichen Schulen weitestgehend gleichgestellt und entsprechend mit  
526 finanziellen Mitteln ausgestattet.

**527 Wir wollen den vorsorgenden Sozialstaat stärken**

528

529 Ein handlungsfähiger Staat ist nicht nur für die Leistungsfähigen und Eigenverantwortli-  
530 chen da. Der vorsorgende Sozialstaat bekämpft Armut, eröffnet den Menschen gleiche  
531 Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben, gewährleistet gerechte Teilhabe und sichert die  
532 großen Lebensrisiken verlässlich ab. Daher sind ein gerechtes Bildungssystem oder die  
533 Familienhilfe genauso wichtig wie Armut zu verhindern. Eine starke demokratische Bür-  
534 gergesellschaft unterstützt diese Bemühungen. Sie ist aber nicht der Notnagel für einen  
535 Staat, der sich zurückzieht. Wenn wir mehr Menschen eine Chance geben, für sich selbst

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

536 zu sorgen und ihre Talente voll zu entwickeln, gibt es weniger Menschen, die auf Sozial-  
537 leistungen angewiesen und vom Staat abhängig sind. Wir stärken die Strukturen des vor-  
538 sorgenden Sozialstaats. Schulden-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung, die Schwange-  
539 renberatung und die Beratung bei häuslicher Gewalt sind endlich stabilisiert und mit mehr  
540 Mitteln ausgestattet. Im Bereich der Drogen- und Suchthilfe konnten die Mittel für die  
541 Suchtbehandlungs- und Beratungsstellen erhöht werden. Nun muss das Geld noch dort  
542 ankommen, wo es gebraucht wird. Wir überarbeiten deshalb die Förderrichtlinien.  
543

544 Wir haben endlich den Paradigmenwechsel in der Wohnraumförderung geschafft. Nach  
545 über 10 Jahren führen wir wieder eine Zuschussförderung für den sozialen Wohnungsbau  
546 im Bereich Neubau und Sanierung ein. Das ist ein erster wichtiger Schritt. Es bleibt jedoch  
547 Tatsache, dass aktuell nur die zweckgebundenen Mittel des Bundes weitergegeben wer-  
548 den. In einem nächsten Schritt prüfen wir die Notwendigkeit, das Programm durch Lan-  
549 desmittel aufzustocken. Es kommt darauf an, den an Bevölkerung stetig wachsenden  
550 Kommunen Handlungsspielräume zu verschaffen. Sie müssen Möglichkeiten erhalten, ge-  
551 staltend in die Quartiere einzugreifen und strategisch Flächen für kommunale Infrastruktur  
552 und sozialen Wohnungsbau zu erschließen. Hier bedarf es planbarer finanzieller Unter-  
553 stützung. Es reicht nicht erst aktiv zu werden, wenn die Verdrängungsprozesse bereits  
554 greifen. Auch die Mietpreisbremse ist ein sinnvolles Instrument, doch reicht sie nicht aus  
555 um den Mietdruck langfristig zu bekämpfen. Wir wollen eine gute soziale Durchmischung  
556 unserer Großstädte. Hoher Leerstand in einzelnen Stadtteilen, kann nicht über die starken  
557 Verdrängungsprozesse in anderen Stadtteilen hinwegtäuschen. Mittelfristig wird es - wie  
558 in vergleichbaren westdeutschen Großstädten - keinen Leerstand mehr geben. Ohne kon-  
559 kretes Handeln werden sozial schwächere aufgrund der steigenden Mieten marginalisiert  
560 und in die Peripherie verdrängt. Eine Fortschreitende Segregation der sozialen Schichten  
561 kann nicht im Sinne sozialdemokratischer Politik sein. Sachsen braucht Vielfalt statt Seg-  
562regation. Sozialer Wohnungsbau muss in den innerstädtischen Lagen verstärkt werden.  
563 Dadurch können wir bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. Das ist von  
564 zentraler Bedeutung, wenn wir in unseren Großstädten nicht weiter der zunehmenden so-  
565 zialen Spaltung zusehen wollen. Denn es ist wichtig, dass Stadtviertel sozial durchmischt  
566 sind.  
567

568 Es ist eine Katastrophe, dass immer noch viele Kinder ohne Abschluss Sachsens Schulen  
569 verlassen. Die soziale Herkunft hat einen großen Einfluss auf die Schulkarriere in Sach-  
570 sen. In Sachsen erhalten etwa 47 Prozent der Schülerinnen und Schüler in der vierten  
571 Klasse eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium. Laut Dresdner Bildungsbericht er-  
572 halten aber etwa in Dresdens „besseren“ Vorzeigevierveteln rund 70 Prozent eine Bildungs-  
573empfehlung fürs Gymnasium, in den sogenannten „Problemstadtteilen“ hingegen nur rund  
574 39 Prozent. Ein handlungsfähiger Staat muss Bedingungen dafür schaffen, die Aufstiegs-  
575 versprechen für junge Menschen auch wirklich möglich machen. Er sollte auch eine aktive  
576 Bürgergesellschaft anstoßen, ihm dabei zu helfen, etwa über Paten-Modelle.  
577

578 Als erste Maßnahme wollen wir die Schulsozialarbeit mit mindestens 15 Millionen Euro im  
579 Jahr finanzieren. Dabei ist uns wichtig, dass die Mittel vor allem dort eingesetzt werden,  
580 wo sie am dringendsten gebraucht werden. Die SPD Sachsen hält an dem Ziel fest, flä-  
581 chendeckende Schulsozialarbeit zu ermöglichen. Darüber hinaus werden wir 31 Kinderta-  
582 geseinrichtungen als Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln. Mehr als dieses Modellprojekt  
583 war mit der CDU nicht zu machen. Das Ziel der SPD bleibt es, weitere Kindertagesstätten  
584 zu solchen Eltern-Kind-Zentren auszubauen. Wir werden darauf achten, wie und wo die

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

585 Maßnahmen erfolgen, damit sie auch dort greifen werden, wo sie wirklich benötigt wer-  
586 den.

587

588 Um auch langfristig lebenslanges Lernen und Bildungsaufstieg zu ermöglichen, müssen  
589 wir flächendeckend Weiterbildung anbieten. Hierfür wollen wir auch das Recht auf Weiter-  
590 bildung in Verbindung mit beruflichen Freistellungsmöglichkeiten gesetzlich verankern.

591 Um junge Menschen bei der Berufswahl zu unterstützen, werden wir die Berufs- und Stu-  
592 dienorientierung gemeinsam mit Wirtschaft, Schulen und Hochschulen weiter verbessern,  
593 auch durch den Aufbau von *Jugendberufsagenturen*. Wir machen es uns zur Aufgabe, die  
594 Quote der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche zu senken und die Vermittlungsbe-  
595 mühungen zu intensivieren.

596

597 Im Hinblick auf die demographische Entwicklung des Freistaats hat die Ausbildung von  
598 jungen Menschen in unserem bewährten dualen Ausbildungssystem eine hohe Bedeu-  
599 tung. Leider lässt die Ausbildungsqualität und auch die Bezahlung von Azubis in Sachsen  
600 vielfach noch zu wünschen übrig. Hohe Abbruchquoten und unbesetzte Lehrstellen sind  
601 die Folgen. Wir wollen gemeinsam mit den Akteuren der Berufsbildung, Kammern sowie  
602 den Sozialpartnern Verbesserungen erreichen und uns auf Bundesebene für eine gesetz-  
603 liche Mindestausbildungsvergütung einsetzen.

604

605 Wir bleiben dabei, dass unsere Kinder in Sachsens Schulen länger gemeinsam lernen  
606 dürfen – viele Eltern, die Wirtschaft und Engagierte haben uns im Bürgerbeteiligungspro-  
607 zess der letzten Monate bei dieser Forderung unterstützt. Wir würden damit auch verhin-  
608 dern, dass sich der Staat im ländlichen Raum weiter zurückzieht – Schulen können so er-  
609 halten bleiben.

610

611 Gerade vor dem Hintergrund einer starken demokratischen Bürger/innengesellschaft  
612 bleibt die Gemeinschaftsschule für uns die ideale Schulform. Nur durch längeres gemein-  
613 sames Lernen aller kann der Boden für sozialen Zusammenhalt und solidarisches Mitei-  
614 nander ganz verschiedener sozialer und kultureller Gruppen bereitet werden. Wohin das  
615 frühzeitige Absondern späterer Eliten führt, zeigt aktuell das Erstarken populistischer Strö-  
616 mungen.

617

618 **Ein starker Staat sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit**

619

620 Wir glauben nicht daran, dass der Markt für soziale Gerechtigkeit sorgt. Die neoliberale  
621 Politik der letzten Jahre hat dafür gesorgt, dass die Spaltung zwischen Arm und Reich  
622 enorm zugenommen hat – auch in Sachsen, aber vor allem zwischen Ost und West. Ein  
623 starker Staat sorgt dafür, dass Gesellschaften nicht auseinanderdriften. Chancengleich-  
624 heit zeigt sich besonders daran, wie der Staat mit den Kindern, Jugendlichen, Rentnerin-  
625 nen und Rentnern sowie Menschen mit Behinderung umgeht und ihnen gesellschaftliche  
626 Teilhabe ermöglicht.

627

628 Die Menschen müssen überzeugt sein, dass sich Leistung lohnt. Wenn unterschiedliche  
629 Löhne für gleiche Jobs gezahlt werden, wird diese Überzeugung erschüttert. Oder wenn  
630 es auf dem Konto einen Unterschied macht, ob Menschen verheiratet sind oder ohne  
631 Trauschein zusammenleben. Ungleichheit zwischen Stammbesitzern, Leiharbeiterinnen  
632 und Leiharbeitern, Unterschiede in der Bezahlung von Frauen und Männern sind unge-  
633 recht. Von den meisten dieser Ungerechtigkeiten sind wir Sachsen besonders betroffen.

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

634 Wir fordern daher auf Bundesebene eine echte Solidarrente, eine armutsfeste Rentenver-  
635 sicherung, Erwerbstätigenversicherung und weitere Maßnahmen gegen prekäre Arbeit so-  
636 wie die Einführung einer Kindergrundsicherung sowie die Überführung der Abgeltungs-  
637 steuer in die Einkommenssteuer. Um das Vertrauen wieder herzustellen, wollen wir die  
638 Sozialversicherungen wieder paritätisch finanzieren und ihre Einnahmehasis verbreitern.  
639 Die gesetzliche Krankenpflegeversicherung wollen wir in der nächsten Legislatur zur Bür-  
640 gerversicherung umbauen. Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt, Volkssolidarität und wei-  
641 tere Sozialverbände sind dabei ein zentraler Teil einer demokratischen Bürgergesell-  
642 schaft, um diese Ziele zu unterstützen.

643  
644 Heute gibt es aufgrund des Fachkräftemangels zunehmend Arbeitnehmerinnen und Ar-  
645 beitnehmer, deren Berufe stark nachgefragt werden und deren Verhandlungsmacht  
646 dadurch steigt. Gerade bei jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beobachtet  
647 man ein Ende der „ostdeutschen Bescheidenheit“. Es gibt aber weiterhin viele Bereiche, in  
648 denen sie jedes Lohnangebot eines Unternehmens akzeptieren müssen. Daher ist es rich-  
649 tigt, dass der Staat regulierend eingegriffen und den Mindestlohn eingeführt hat. Dass der  
650 Widerstand, auch der sächsischen CDU, gegen den Mindestlohn gescheitert ist, ist ein  
651 Segen für die Beschäftigten aber auch den Wirtschaftsstandort Sachsen. Um einen wirk-  
652 lich gerechten Arbeitsmarkt zu schaffen, müssen auf den Mindestlohn aber weitere Verän-  
653 derungen wie zum Beispiel die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung folgen.  
654 Gleichzeitig haben wir uns auf den Weg gemacht, die sächsische Niedriglohn-Strategie zu  
655 beenden. Wir wollen alle Förderrichtlinien in unseren Bereichen überarbeiten: Ziel ist es  
656 zum einen, bürokratische Hürden abzubauen. Zum anderen wollen wir verhindern, dass  
657 staatliche Förderung zur Bildung prekärer Arbeit führt oder diese erhält – sei es an Univer-  
658 sitäten, in der sozialen Arbeit oder in Unternehmen, die durch Fördermittel unterstützt wer-  
659 den. Eine Politik wie in der Vergangenheit, die unter dem Vorwand der Schuldentilgung  
660 Sozial- und Bildungsabbau sowie Lohndumping im öffentlichen Dienst und bei öffentlichen  
661 Aufträgen betrieb, darf es nicht mehr geben. Wir wollen faire und glaubwürdige Lösungen.

662  
663 Zudem werben wir weiterhin für Tarifverträge. Im Rahmen der Umsetzung neuer europä-  
664 rechtlicher Vorschriften prüfen wir aktuell auch, welche Instrumente am besten geeignet  
665 sind, Tarifbindung und die Anwendung sozialer und ökologischer Kriterien auch im sächsi-  
666 schen Vergabegesetz zu stärken. Wir sehen große Chancen, im Rahmen der Anpassung  
667 des sächsischen Gesetzes an Europarecht, fairere Bedingungen für unsere Unternehmen  
668 und die Arbeitnehmerschaft zu erreichen. An den Hochschulen haben wir zusammen mit  
669 den Personalräten zum ersten Mal einen verbindlichen Rahmen für befristete Beschäfti-  
670 gung geschaffen – diesen werden wir in den kommenden Jahren weiterentwickeln. Auch  
671 hier zeigt sich, dass unter dem Kürzungskurs der CDU vor allem die Mitarbeiterinnen und  
672 Mitarbeiter zu leiden hatten, denen immer kürzere Zeitverträge angeboten wurden – bis-  
673 weilen zwischen einem und sechs Monaten. Studentische Hilfskräfte müssen nunmehr  
674 mindestens drei Monate, wissenschaftliche Hilfskräfte mindestens sechs Monate ange-  
675 stellt werden. Lehrkräfte für besondere Aufgaben sollen demnach künftig unbefristet ver-  
676 pflichtet werden. Die Hochschulen haben zugesagt, die Vertragslaufzeiten stärker an der  
677 Projektdauer zu orientieren.

678  
679 Trotz guter Arbeitsmarktentwicklung gibt es auch in Sachsen aber immer noch zu viele  
680 Menschen, die schon lange keinen Job finden. Auch um die muss sich ein handlungsfähi-  
681 ger Staat kümmern. Deshalb wird es erstmalig ein Landesarbeitsmarktprogramm für die

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

682 Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit geben - ausgestattet mit jährlich 13 Millionen  
683 Euro bis 2020.

684

685

**Wir wollen den Menschen das Leben einfacher machen**

686

687 Die Menschen erwarten zu Recht, **dass staatliche Politik dafür sorgt, ihr eigenes Le-**  
688 **ben oder das Leben ihrer Kinder lebenswerter zu machen** – durch bessere Schulen,  
689 durch bessere Kindergärten, durch eine saubere Umwelt und auch durch Hilfe für diejeni-  
690 gen, die krank oder pflegebedürftig sind. Politik und Verwaltung sind zwar kein Liefer-  
691 dienst. Gleichwohl muss die Verwaltung sich stärker als Dienstleister für Bürgerinnen und  
692 Bürger verstehen. Dort wo der Staat erfahrbar wird, vor Ort in den Kommunen – im Bür-  
693 geramt, an der Bushaltestelle, in der Kita oder im Schwimmbad – dort schauen die Men-  
694 schen genau hin. Hier entwickeln sie ein Gespür dafür, was mit ihren Steuern passiert und  
695 ob der Staat ausreichend Geld für *ihre* Bedürfnisse zur Verfügung stellt. Kommunen ha-  
696 ben einen großen Einfluss für das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und  
697 Staat. Hier entwickelt sich Vertrauen oder Misstrauen, hier entsteht das Gefühl von Ge-  
698 rechtigkeit oder Ungerechtigkeit.

699

700 Von einem handlungsfähigen Staat erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass **er Fami-**  
701 **lien in jeder Lebenslage dabei unterstützt, den Lebensentwurf umzusetzen, der ih-**  
702 **rer Situation und ihren Bedürfnissen entspricht**. Deshalb haben wir etwa im letzten  
703 Doppelhaushalt die Mittel und Strukturen für **Pflegebedürftige** und Demenzzranke ge-  
704 stärkt. Nun gibt es u.a. in jedem Landkreis eine Pflegekoordination, um die Unterstützung  
705 der Familien vor Ort zu verbessern. Zudem werden wir in einem ersten Schritt den **Be-**  
706 **treuungsschlüssel** in dieser Legislaturperiode schrittweise in Kindergärten auf 1:12 und  
707 in Kinderkrippen auf 1:5 senken. Wir halten an unserer Forderung fest, den Betreuungs-  
708 schlüssel weiter zu verbessern - in den Krippen auf 1:4, im Kindergarten auf 1:10 und im  
709 Hort auf 1:16. Dagegen hat sich die CDU in den Koalitionsverhandlungen leider gesperrt.  
710 Langfristig werden wir in Sachsen einen Betreuungsschlüssel anstreben, wie er in der  
711 Fachwelt gefordert und beispielsweise z. T. in Baden-Württemberg oder Bremen umge-  
712 setzt wird: 1:3 in den Krippen, 1:7,5 im Kindergarten und 1:2 im Hort. Wir wollen Modelle  
713 erarbeiten, mit denen wir flexible Öffnungszeiten in staatlichen Kinderbetreuungseinrich-  
714 tungen einführen, um damit eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Arbeitsleben zu  
715 erreichen.

716

717 Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass sie schnell und einfach zur Arbeit, zu Verwandten,  
718 Freundinnen und Freunden oder Freizeitangeboten fahren können. Für Menschen mit Be-  
719 hinderung und Menschen im höheren Alter ist eine barrierefreie Mobilität Voraussetzung,  
720 sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können. Deshalb sichern wir eine **leis-**  
721 **tungsfähige Straßeninfrastruktur** und stärken den **öffentlichen Nahverkehr**. Es war  
722 wichtig, dass im letzten Doppelhaushalt das erste Mal größere Mittel eingestellt wurden,  
723 um unsere Straßen und Brücken in Sachsen zu sanieren („Erhalt vor Neubau“). Diesen  
724 Weg setzen wir fort. Unser Schwerpunkt liegt auf dem kommunalen Straßen- und Brü-  
725 ckenbau. Auch sächsische Unternehmen benötigen eine Verkehrsinfrastruktur, die ihre in-  
726 ternationale Wettbewerbsfähigkeit erhält. Sie profitieren von leistungsfähigen und moder-  
727 nen Verkehrswegen. Zusätzlich fördern wir wirtschaftsnahe Infrastruktur über Mittel aus  
728 der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW).

729

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

730 Wir wollen Mobilität für alle gewährleisten und bezahlbar halten. Wir setzen uns dafür ein,  
731 dass die Fernverkehrsangebote von und nach Sachsen ausgebaut werden. Die Bahnstreck-  
732 en Chemnitz-Leipzig, Dresden-Görlitz sowie Dresden-Prag müssen im Bundesver-  
733 kehrswegeplan einen klaren Status erhalten, damit es mit Planung und Ausbau voran-  
734 geht. Für den Nahverkehr erhöhen wir jährlich die Zuwendungen an die ÖPNV-Zweckver-  
735 bände und geben ihnen langfristige Planungssicherheit. Unser Ziel bleibt ein flächende-  
736 ckender und bezahlbarer Nahverkehr, der zusätzliche Fahrgastpotenziale in den Bal-  
737 lungsräumen erschließt, aber auch im ländlichen Raum ein angemessenes Grundangebot  
738 bereitstellt. Schließlich schaffen wir die Bedingungen für ein Bildungsticket in Sachsen.  
739

740 Eine sozialdemokratische Mobilitätspolitik hat bei all ihren Vorhaben immer auch die Aus-  
741 wirkungen auf Umwelt und Klima im Blick und reduziert Verkehrsgefahren und -lärm. Wir  
742 konnten durchsetzen, dass 129 Millionen Euro im Jahr 2017 und 130 Millionen Euro im  
743 Jahr 2018 für eine ortsnahe und moderne **medizinische Versorgung** zur Verfügung ste-  
744 hen – zum Beispiel durch eine schnelle und gute medizinische Notfallversorgung und eine  
745 moderne Ausstattung der Krankenhäuser und der Telemedizin. Das kommt auch und vor  
746 allem dem ländlichen Raum zugute. Die Universitätskliniken als Zentren der Hochleis-  
747 tungsmedizin werden wir zudem weiter unterstützen.  
748

749 Wir werden den **Arbeitsschutz** in Sachsen weiter stärken. Dafür brauchen wir ausrei-  
750 chend ausgestattete Arbeitsschutzbehörden. Wenn die Bevölkerung immer älter wird,  
751 kommt es erst recht darauf an, sich für gute, altersgerechte Arbeitsbedingungen einzu-  
752 setzen und gesundheitliche Gefahren am Arbeitsplatz zu bekämpfen. Wir haben deshalb  
753 die Arbeitsschutzallianz wiedergegründet und werden damit entsprechende Präventions-  
754 programme für betrieblichen Arbeitsschutz fördern.  
755

756 Die **Digitalisierung** stellt die Zusammenarbeit zwischen Staat und Bürgern auf eine neue  
757 Grundlage. Auch für die Kommunikation mit der Verwaltung und öffentlichen Institutionen  
758 erwarten die Menschen, dass sie die technischen Möglichkeiten digitaler Systeme nutzen  
759 können. Damit erhöhen sich Bürgernähe und Erreichbarkeit der Verwaltung. Im Rahmen  
760 der Strategie „Sachsen Digital“ treiben wir die Digitalisierung der Verwaltung voran.  
761

762 Unser Anspruch muss zusätzlich sein, politische und administrative Prozesse inhaltlich  
763 weitgehend zu öffnen. In einer starken demokratischen Bürgergesellschaft wollen die  
764 Menschen selbstständig informierte Entscheidungen treffen. Informationen, die ihnen dies  
765 ermöglichen, müssen auch offengelegt werden. Deshalb wollen wir ein Informationsfrei-  
766 heitsgesetz beschließen, das das Recht der Bürgerinnen und Bürger verankert, Zugang  
767 zu behördlichen Informationen und Dokumenten zu bekommen. Zudem wollen wir Infor-  
768 mationszugänge wie das sächsische Open Data Portal schaffen.  
769

770 **Der Staat kontrolliert dort, wo es für ein gutes Leben der Menschen in Sachsen**  
771 **wichtig** ist: Bei den Arbeitsrechten, dem Verbraucher-, dem Arbeits- oder Naturschutz o-  
772 der beim Hochwasserschutz. In den letzten Jahren wurde viel zu oft unter dem Deckman-  
773 tel „Bürokratieabbau“ versucht, die Interessen des Profits über jene der Menschen zu stel-  
774 len. Der Mindestlohn ist gut für unser Land, er muss aber kontrolliert werden, weil wir  
775 schlecht bezahlte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht der Willkür aussetzen wol-  
776 len. Das ist keine Bürokratie, wie der Ministerpräsident oder die AfD behaupten, sondern  
777 gerecht. Wenn wir Regeln, die wir selbst setzen, nicht überprüfen, verliert staatliches Han-  
778 deln an Legitimität.



**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

779

780 **Ein handlungsfähiger Staat braucht starke Kommunen und eine ausreichende Fi-**  
781 **nanzierung**

782

783 Dank der SPD gibt es in der sächsischen Verfassung den Schutzschirm für die Kommu-  
784 nen, der dafür sorgt, dass Kommunen nicht durch neue Pflichten und Kosten vom Frei-  
785 staat belastet werden, ohne dafür einen entsprechenden Ausgleich zu erhalten. Dennoch  
786 ist damit für die Städte und Gemeinden in Sachsen noch lange nicht alles in Ordnung.  
787 Weiterhin leiden viele unter Schuldenlast, Haushaltskürzungen und wachsenden Aufga-  
788 ben. Kommunen werden ihrer großen Verantwortung nur gerecht, wenn sie finanziell aus-  
789 reichend ausgestattet sind. Sie brauchen Spielraum für Investitionen und freiwillige Lei-  
790 stungen.

791

792 In einem ersten großen Schritt haben wir deshalb mit dem Gesetz zur Stärkung der kom-  
793 munalen Investitionskraft ein umfassendes Paket beschlossen, das den sächsischen  
794 Kommunen und Landkreisen bis 2020 insgesamt 800 Millionen Euro zur Verfügung stellt.  
795 Zusätzlich wollen wir die Zuweisungen des Landes an die Kommunen, unter anderem  
796 durch das Finanzausgleichsgesetz, auf hohem Niveau fortsetzen: Es ist geplant, dass den  
797 Kommunen 2017 6,2 Milliarden und 2018 6,3 Milliarden Euro an Unterstützungsleistungen  
798 zufließen.

799

800 Für ausreichende Finanzen sind entsprechende Prioritätensetzungen im Landeshaushalt,  
801 aber auch steuerliche Umverteilungsmaßnahmen notwendig. Die Wiedereinführung der  
802 Vermögenssteuer, die den Ländern zugutekommt, streben wir weiter an. Dieser Schritt  
803 hätte nicht allein fiskalische Auswirkungen, sondern würde sich positiv auf das Gerechtig-  
804 keitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger auswirken. Denn die ungleiche Vermögens-  
805 entwicklung in Deutschland bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt und entzieht  
806 den staatlichen Institutionen Vertrauen. Unser Ziel ist es, dieser Erosion entgegenzuwir-  
807 ken. Einen steuerlichen Wettbewerb zwischen den Bundesländern lehnen wir ab. Das  
808 können sich nur die reichen Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg leisten,  
809 Sachsen aber nicht. Neben einem solidarischen Steuersystem braucht es ausreichend  
810 Personal in der Finanzverwaltung – vom Sachbearbeiter bis zur Steuerfahnderin. Dieser  
811 Bereich war besonders hart vom Stellenabbau betroffen. Prüfungen können deshalb nicht  
812 mehr regelmäßig durchgeführt werden, der Fahndungsdruck sinkt – und die, die ehrlich  
813 ihre Steuern zahlen, fühlen sich ungerecht behandelt.

814

815 Wir wollen eine Grundsatzdiskussion über notwendige und wichtige Investitionen in Sach-  
816 sen führen. Einerseits fordern die Bürgerinnen und Bürger zurecht den verantwortungsvol-  
817 len Umgang mit ihren Steuern ein. Sinnlose Großprojekte und grobe Fehlplanungen sind  
818 ein Ärgernis und lassen Vertrauen schwinden. Andererseits sehen sie an maroden Stra-  
819 ßen, Brücken und Schulen, dass jetzt Geld ausgegeben werden muss.

820

821

822 *Staatliche Strukturen müssen bedarfsgerecht sein*

823

824 Wir sehen staatliche Strukturen nicht als festen Block, sondern als „atmendes System“,  
825 das sich regelmäßig in Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und mit deren Beteiligung  
826 überprüft, den Bedarfen anpasst und erneuert. Bedarfsgerecht bedeutet, dass wir ständig

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

827 überprüfen, was jetzt und in Zukunft nötig ist, wo man Altes erneuern und Neues korrigie-  
828ren muss. Festgefahrene Strukturen um der Strukturen willen dürfen und wollen wir uns  
829nicht leisten – in keinem Bereich. So erfordert zum Beispiel die demografische Entwick-  
830lung in Sachsen kluge Entscheidungen sowohl für das Wachstum der Städte wie für die  
831Schrumpfungen im ländlichen Raum. Gleichzeitig wenden wir uns gegen kurzfristige Lö-  
832sungen, die ein Notprogramm an das andere reihen.

833  
834**Sich in einem handlungsfähigen Staat wieder sicherer fühlen**  
835

836Wir werden den Rechtsstaat wieder stärken. Nicht freiheitsschädliche Gesetzesverschär-  
837fungen stärken den Rechtsstaat, sondern ausreichend Personal, bürgernahe Dienststellen  
838und gute Ausstattung bei Polizei und Justiz. Wir wollen, dass Gesetzesverstößen vorge-  
839beugt, geltendes Recht eingehalten und gegen Verstöße wirksam vorgegangen wird. Die  
840Polizeiwache vor Ort, die zügig erhobene Anklage nach einer Straftat, ein schnelles, richti-  
841ges Urteil nach einem fairen, rechtsstaatlichen Verfahren schaffen Vertrauen in den  
842Rechtsstaat. Der von CDU und FDP auch bei der Polizei betriebene Abbau von Personal  
843und Strukturen hat bei vielen Menschen wesentlich zu einem Vertrauensverlust beigetra-  
844gen. In der Regierung haben wir erste Fortschritte erzielt, um dieses Vertrauen wiederzu-  
845gewinnen und die objektive Sicherheitslage zu verbessern.

846  
847Die auf unser Drängen eingesetzte „Fachkommission Polizei“ des Landtages hat erstmals  
848den Personalbedarf der sächsischen Polizei wirklich aufgabenorientiert ermittelt – und so  
849die Trendwende bei der Personalpolitik vollzogen. Ohne die Kritik an der Arbeit und den  
850Ergebnissen der Fachkommission auszublenden, lassen sich die Erfolge sehen: Der Stel-  
851lenabbau bei der Polizei wird gestoppt. Zudem werden insgesamt 1.000 zusätzliche Poli-  
852zeibeamtinnen und -beamte ausgebildet. Damit stehen der Polizei insgesamt 1.676 Stel-  
853len mehr zur Verfügung als noch im Doppelhaushalt 2015/16 festgelegt. Die Neueinstel-  
854lungen werden mit jährlich 600 Stellen gegenüber 2014 verdoppelt. Den momentanen  
855Mangel haben wir gemildert, indem 550 Männer und Frauen für die Wachpolizei einge-  
856stellt werden. Wer sich dort bewährt, hat die Chance, in die reguläre Polizeiausbildung zu  
857wechseln. Perspektivisch werden über 14.000 Polizistinnen und Polizisten in Sachsen für  
858Sicherheit sorgen. Das sind 2000 mehr als von CDU und FDP ursprünglich vorgesehen.  
859Zugleich sind wir uns bewusst, dass Wachpolizist/innen vollständig ausgebildete Polizis-  
860tinnen und Polizisten nicht ersetzen können. Wir betrachten sie als Übergangslösung. Die  
861Polizei ist für viele der sichtbarste Vertreter des demokratischen Rechtsstaats. Auf Forde-  
862rung der SPD hin werden daher künftig Demokratiebildung und die eigene gesellschaftli-  
863che Rolle wieder eine größere Rolle in der Polizeiausbildung spielen. Die von uns durch-  
864gesetzten kleineren Verbesserungen bei der Personalvertretung von Polizistinnen und Po-  
865lizisten sind ein erster Schritt hin zu einer gelebten Demokratiekultur in der Polizei, in der  
866Wissen und Erfahrung der Polizistinnen und Polizisten für eine bessere, bürgerfreundli-  
867chere Polizeiarbeit genutzt werden. Unser Ziel bleibt, dass Personalräte und Gewerk-  
868schaften in den Führungsebenen als konstruktive Partner, nicht als lästige Störung be-  
869trachtet werden. Bei künftigen Novellierungen des Personalvertretungsgesetzes werden  
870wir uns dafür einsetzen, dass Mitbestimmung ausgeweitet und die geltenden Einschrän-  
871kungen für den Polizeibereich abgeschafft werden.

872  
873Polizistinnen und Polizisten verdienen wie alle anderen staatlichen Hoheitsträger Schutz  
874und Beistand, wenn sie Übergriffen ausgesetzt sind. Die Gesetze hierfür haben wir längst.

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

875 Für mögliche Übergriffe durch die Polizei haben wir eine zentrale Beschwerdestelle im In-  
876 nenministerium eingerichtet - als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, aber auch  
877 als Anlaufstelle für die Beschäftigten der Polizei. Sie bietet der Polizei die Chance, aus  
878 möglichen Fehlern zu lernen, und eröffnet ihr die Möglichkeit, polizeiliches Handeln zu er-  
879 läutern und transparenter zu machen. Um das Vertrauen weiter zu stärken, setzen wir uns  
880 für eine Unabhängigkeit der zentralen Beschwerdestelle sowie eine grundsätzliche Kenn-  
881 zeichnungspflicht für Polizeivollzugsbedienstete ein.

882  
883 Bei Justiz und im Justizvollzug haben wir viel erreicht. Bereits im Doppelhaushalt  
884 2015/2016 wurden 36 zusätzliche Stellen für Richterinnen und Staatsanwälte geschaffen  
885 sowie zehn Stellen für Justizwachtmeister und zehn Stellen für Psychologinnen und Sozi-  
886 arbeiter im Justizvollzug. Der Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 sieht  
887 zudem vor, **dass auf den von 2016 bis 2020 geplanten Abbau in einem Umfang von**  
888 **370 Stellen verzichtet wird** und wir darüber hinaus noch mehr neue Beschäftigte an den  
889 Gerichten und im Justizvollzug einstellen können.

890

891 **Ein handlungsfähiger Staat mit wichtiger Rolle für Wirtschaft und Arbeit**

892

893 Es wird oft vergessen, **dass die industriellen Revolutionen der letzten 200 Jahre ohne**  
894 **den Staat in dieser Form kaum stattgefunden hätten:** Erst die Investitionen in das Bil-  
895 dungssystem, Infrastruktur und Forschung haben Eisenbahnen, flächendeckende Elektri-  
896 zität oder die Automatisierung möglich gemacht. Nun stehen wir erneut an der Schwelle  
897 einer großen Umwälzung der Wirtschaft und der Arbeitsgesellschaft. Wir wissen noch  
898 nicht, wie diese Zukunft genau aussehen wird. Aber die Digitalisierung kommt – mit oder  
899 ohne uns. Es ist daher nicht die Frage, *ob* wir die Digitalisierung der sächsischen Wirt-  
900 schaft vorantreiben, sondern *wie*.

901

902 Die Digitalisierung bietet für Sachsen große Chancen, aber auch große Herausforderun-  
903 gen. Wir wollen flächendeckend für Breitband-Internetanschlüsse sorgen – auch und ge-  
904 rade dort, wo die Telekommunikationsunternehmen bisher Gemeinden unterversorgt ge-  
905 lassen haben. Sachsen hat noch viel aufzuholen. Mit einer „Digitalen Offensive“ wollen wir  
906 die Internetversorgung endlich auf mindestens 50 Mbit/s, besser 100 Mbit/s ausbauen.  
907 Für diese Digitale Offensive stehen bis 2022 312 Millionen Euro zur Verfügung. Durch die  
908 Abschaffung der Störerhaftung können wir endlich frei zugängliche W-LANs besser för-  
909 dern.

910

911 *Wir wollen mit einer modernen Industriepolitik unsere sächsische verarbeitende Industrie*  
912 *stärken. In fünf Bereichen muss der Staat aktiv werden:*

913

914 Erstens müssen wir die strategischen Wertschöpfungsketten in Sachsen halten und in  
915 Schlüsseltechnologien investieren. Der Grund für unsere erfolgreiche Volkswirtschaft liegt  
916 in der industriellen Vielfalt – von der Grundstoffindustrie über den mittelständischen Fami-  
917 lienbetrieb, das große Industrieunternehmen, die regionale Handwerksfirma bis hin zur  
918 kleinen Hightech-Schmiede. Diese Vielfalt müssen wir in Sachsen stärken.

919

920 Wir müssen zweitens die Fachkräfte-Frage angehen. Mit der Fachkräfte-Allianz haben wir  
921 eine sachsenweite Plattform für die Fachkräftesicherung geschaffen und unterstützen da-  
922 mit Branchen und Unternehmen, um Fachkräfte zu gewinnen und binden. An den Hoch-  
923 schulen haben wir die Stellenkürzungen gestoppt. Sowohl Gelder des Hochschulpakts als

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

924 auch die von der Bundesebene übernommenen und nun für Sachsen zur Verfügung ste-  
925 henden BAföG-Gelder wurden fast vollständig an die Hochschulen weitergegeben. Wir si-  
926 chern so gute Lehre und ermöglichen notwendige Investitionen in universitäre Infrastruk-  
927 tur. Um den Zugang für Langzeitarbeitslose und Migrantinnen und Migranten zum Arbeits-  
928 markt zu verbessern, werden wir bis 2020 rund 40 Millionen Euro zur Verfügung stellen.  
929

930 Drittens wirken wir dort aktiv auf ein Ende der sächsischen Niedriglohnstrategie hin, wo  
931 der Staat Einfluss auf die Lohnentwicklung ausüben kann. Deshalb verteidigen wir den  
932 Mindestlohn vor Angriffen der CDU und der Arbeitgeberverbände. Zudem werden wir  
933 künftig Unternehmen, die Tariflöhne zahlen oder sich daran anlehnen sowie ihre Zahl an  
934 Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern begrenzen, einen Bonus bei der Wirtschaftsförderung  
935 zukommen lassen.  
936

937 Viertens müssen wir für bezahlbare und sichere Energie sorgen. Bis 2050 wollen wir den  
938 Energiebedarf des Freistaates vollständig aus erneuerbaren Quellen abdecken. Dabei  
939 führt vor allem Energieeinsparung zu mehr Versorgungssicherheit und geringeren Um-  
940 weltbelastungen und reduziert gleichzeitig die Kosten. Das kommt allen Verbraucherinnen  
941 und Verbrauchern zugute. Darüber hinaus sind ein konsequenter Ausbau erneuerbarer  
942 Energieträger, eine beschleunigte Entwicklung der notwendigen Speicher- und Netzinfrac-  
943 struktur sowie die Unterstützung der Weiterentwicklung moderner Technologien wie Kraft-  
944 Wärme-Kopplungsanlagen notwendig. Bei diesem Transformationsprozess sehen wir in  
945 der stärkeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einen Schlüssel für die erfolgreiche  
946 Umsetzung. Denn Beteiligung schafft Akzeptanz. Solange es noch nicht möglich ist, rege-  
947 nerative Energien in ausreichender Menge schnell und effektiv zu speichern und zu trans-  
948 portieren, sind wir auf konventionelle Energieformen wie die Braunkohleverstromung an-  
949 gewiesen. Während wir mittelfristig in Sachsen daraus aussteigen, werden wir den damit  
950 verbundenen notwendigen Strukturwandel aktiv gestalten. In einem Strukturwandel liegen  
951 stets auch Chancen für neues Wachstum, neue Beschäftigung und eine bessere Lebens-  
952 und Arbeitsqualität.  
953

954 Fünftens bleibt guter und fairer Handel für Sachsen wichtig. Gleichzeitig müssen wir alle  
955 Handelsabkommen kritisch begleiten, um den Staat handlungsfähig zu erhalten. Wir als  
956 SPD Sachsen unterstützen das Ziel, durch Handelsabkommen soziale, ökologische oder  
957 kulturelle Standards zu stärken. Für uns ist wichtig, dass auch weiterhin Verbesserungen  
958 unserer Normen möglich sind, die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften über  
959 die öffentliche Daseinsvorsorge unberührt bleibt und dass die Entscheidungen in Parla-  
960 menten und Regierungen durch die Handelsabkommen nicht eingeschränkt werden – we-  
961 der durch Regelungen des Investorenschutzes noch im Zuge der regulatorischen Koope-  
962 ration. Die von der SPD beschlossenen roten Linien müssen eingehalten werden. Abkom-  
963 men dürfen auch nicht vorläufig in Kraft treten.  
964

**965 Integration als Aufgabe eines handlungsfähigen Staates und einer starken Bürger-**  
**966 gesellschaft**  
967

968 Die Integration von Geflüchteten ist eine Herausforderung – für Aufnahmegesellschaft und  
969 Hinzukommende, für Staat und Gesellschaft. Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe  
970 braucht Integration Offenheit für Veränderungen und die hierin liegenden Chancen, einen  
971 langen Atem und kluge Gestaltung. Die Chancen liegen in einem Zugewinn an Diversität  
972 im unmittelbaren Umfeld, neuem Schwung im sozialen Engagement vieler Sächsinen

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

973 und Sachsen und einem damit verbundenen Zugewinn an Solidarität mit Menschen in  
974 Notlagen. Die daraus resultierende gegenseitige Unterstützung macht uns stärker, als  
975 Menschen und als Gesellschaft. Nicht zuletzt, da es insbesondere Chancen für den ländli-  
976 chen Raum in Punkto Arbeitskräfte und als Gegenteil zur massiven Abwanderung von  
977 überwiegend jungen Menschen bedeutet. Zusammenhalt und Zusammenwachsen sind  
978 nicht selbstverständlich und nicht garantiert. Für Sachsen ist die Herausforderung zu-  
979 gleich eine Chance, die wir nutzen sollten. Ein Scheitern des Integrationsprozesses käme  
980 Staat und Gesellschaft teuer zu stehen.

981  
982 Wenn Integrationsprozesse wirksam sein sollen, müssen sie personell und finanziell ver-  
983 nünftig ausgestattet werden. Sichtbares Zeichen für die Aufwertung dieses Themas war  
984 die Berufung einer Staatsministerin für Integration. Doch auch der Koalitionsvertrag um-  
985 fasst ein umfangreiches und progressives Kapitel, in dem wir gleichzeitig mehrere alte  
986 Leitplanken beseitigt haben: Integration umfasst nach unserem Verständnis nicht nur  
987 Menschen, die als Flüchtlinge anerkannt sind. Unter uns leben mittlerweile Menschen, die  
988 abgesehen von ihrem rechtlichen Status schon lange in Sachsen leben und auch noch  
989 länger hier leben werden. Wir wollen jeden Menschen, der eine Bleibeperspektive in  
990 Sachsen hat in unsere Gesellschaft aufnehmen. Nur so verhindern wir Ausgrenzung, Pa-  
991 rallelgesellschaften und auch Radikalisierung.

992  
993 Und hier haben wir in den letzten beiden Jahren geliefert: Die dringend notwendige  
994 Flüchtlingssozialarbeit wurde teilweise aus dem Nichts aufgebaut und hat mittlerweile ei-  
995 nen Umfang von fast 10 Millionen Euro Unterstützung für die Landkreise und Kreisfreien  
996 Städte. Bewusst umfassen diese Maßnahmen auch die Beratung zur freiwilligen Rück-  
997 kehr. Viele Asylsuchende werden aus unterschiedlichen Gründen nicht bleiben dürfen o-  
998 der wollen. Es gilt hier, über die Möglichkeiten der freiwilligen Rückkehr zu beraten und  
999 dabei zu unterstützen, auch um die Anzahl der harten, aufwändigen und teuren Abschie-  
1000 bungen zu verringern. Wir haben ein Landesprogramm an Sprachkursen für diejenigen  
1001 auf den Weg gebracht, die keinen Zugang zu den Integrationskursen des Bundes haben.  
1002 Wegweiskurse, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen eine erste Orientierung im All-  
1003 tagsleben in Deutschland geben sollen, werden derzeit aus einer Pilotphase in ein Rege-  
1004 langebot überführt. Auch Sachsen besitzt seit kurzem als eines der letzten Bundesländer  
1005 ein psychosoziales Zentrum für die Beratung und Betreuung traumatisierter Geflüchteter.  
1006

1007 Eine entscheidende Rolle bei gelingender Integration kommt jedoch immer noch den  
1008 Kommunen zu. Mit annähernd 11,5 Millionen Euro pro Jahr werden die Integrationsan-  
1009 strengungen der Landkreise und Kreisfreien Städte gefördert. Dazu gehören neben Integ-  
1010 rationskoordinatoren unter anderem Mittel zum Aufbau bzw. Ausbau kommunaler Sprach-  
1011 mittlerdienste.

1012  
1013 Wenn wir die Zugewanderten schnellstmöglich unterstützen, ihren Bildungsabschluss zu  
1014 machen, wird es ihnen nicht nur ein besseres Leben ermöglichen, sondern es wird sich  
1015 morgen auch in geringeren Sozialkosten und mehr Fachkräften bemerkbar machen. Hier  
1016 müssen wir darauf achten, dass das sächsische Schul- und Berufsschulsystem leistungs-  
1017 fähig und ausreichend ausgestattet wird. An Bildung darf nicht gespart werden, weder auf  
1018 Kosten der zugewanderten Kinder, noch auf Kosten der einheimischen Schülerinnen und  
1019 Schüler.

1020

**Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion**

1021 Beim entscheidenden Schritt in den Arbeitsmarkt benötigen wir kurzfristig geübte Helferinnen und Helfer, die den Migrantinnen und Migranten auf dem Weg durch das Dickicht an  
1022 Maßnahmen, Trägern und Bildungsangeboten helfen. Das sächsische Wirtschaftsministerium bietet deshalb über das Programm „Arbeitsmarktmentoren für Geflüchtete“ Orientierung für arbeitssuchende Asylsuchende und Flüchtlinge an. Dafür stehen 9 Millionen Euro  
1023 bereit.  
1024  
1025  
1026

1027 Auch beim Thema Integration ist der Staat auf eine starke Bürgergesellschaft angewiesen. In der aktuellen Flüchtlingssituation hat sich eine neue, sehr lebendige demokratische Bürgergesellschaft in Sachsen gebildet. Ob in Sportvereinen, der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz – gemeinsames Erleben schafft Nähe und Verständnis. Deshalb wollen wir mehr Projekte fördern, die sich für die gesellschaftliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen und unterstützen die Fortbildungen für Ehrenamtliche.  
1028 Allein mit der Richtlinie „Integrative Maßnahmen“ unterstützen wir die vielfältige Arbeit der neuen und der langjährig erfahrenen Vereine, die dem einen großen Ziel folgen soll: den Dialog und das Zusammenleben zwischen Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung stärken. Für die Förderung dieser Integrationsprojekte stehen jährlich 6,5 Millionen Euro bereit. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei zukünftig auf die Arbeit mit Frauen und Müttern, denn ihnen kommt in den Familien eine Schlüsselrolle für die Integration zu.  
1029  
1030  
1031  
1032  
1033  
1034  
1035  
1036  
1037  
1038  
1039  
1040

1041 Diese und weitere Ansätze wollen wir fortsetzen und in einem Landesintegrationsgesetz bündeln, finanziell hinreichend ausstatten und langfristig sichern. Wir möchten, dass Migrantinnen und Migranten eine starke Stimme bekommen und aktiv an unserer Demokratie mitwirken können. Wir begleiten dazu unter anderem den Aufbau eines sächsischen Landesnetzwerks der Migrantenorganisationen, denn auch die Vielfalt an migrantischen Selbstorganisationen gehört zu einer demokratischen Bürgergesellschaft.  
1042  
1043  
1044  
1045  
1046  
1047  
1048

1049 In schwieriger Zeit haben wir Integration in Sachsen endlich auf die Tagesordnung gesetzt und damit wichtige Pionierarbeit geleistet. Diesen Weg werden wir fortsetzen.  
1050  
1051

1052 ***Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum — besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“ Willy Brandt***  
1053  
1054  
1055

1056 Unser Sachsen von morgen ist ein handlungsfähiges Sachsen mit einer starken demokratischen Bürgergesellschaft. Unser Sachsen soll ein Land sein, in dem sich Staat und Bürger vertrauen und sich ihrer gegenseitigen Verantwortung bewusst sind.  
1057  
1058  
1059

1060 Wenn wir die hier formulierten Ziele verfolgen, ist uns bewusst: Nicht alle Versäumnisse können sofort aufgeholt werden und vieles muss immer wieder neu erlernt und erkämpft werden – eine demokratische Bürgergesellschaft ist kein fester Zustand. Mit unseren Ministerinnen und Ministern, unseren Abgeordneten, den sozialdemokratischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in den Städten und Gemeinden, unseren ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie unseren Mitgliedern in den Ortsvereinen werden wir auf allen politischen Ebenen und in der Gesellschaft dafür werben und streiten.  
1061  
1062  
1063  
1064  
1065  
1066  
1067  
1068

<b>SPD-Landesverband Sachsen</b> ordentlicher Landesparteitag 2016	22./23. Oktober 2016 Chemnitz
<b>Leitanträge: Fassung von 15.45 Uhr vorbehaltlich Schlussredaktion</b>	

- 1069 Wir laden alle Menschen in Sachsen ein, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen. Da-  
1070 bei möchten wir Partner derer sein, die sich für andere Menschen und die Gemeinschaft  
1071 engagieren.  
1072 Und wir möchten jene ermuntern, die im Moment skeptisch sind und sich zurückhalten,  
1073 sich wieder stärker einzubringen. Demokratie lebt vom Mitmachen. Packen wir es an!